

Einreicher: SPD-Fraktion**Antrag****öffentliche Sitzung**

| Beratungsfolge       | Datum      | Stimmenverhältnis |      |                   |            | Lt. Beschlussvorschlag | Abweichender Beschluss<br>(s. beiliegendes Formblatt) |
|----------------------|------------|-------------------|------|-------------------|------------|------------------------|-------------------------------------------------------|
|                      |            | Ja                | Nein | Stimmenenthaltung | Einstimmig |                        |                                                       |
| Jugendhilfeausschuss | 18.05.2021 |                   |      |                   |            |                        |                                                       |
| Kreisausschuss       | 01.06.2021 |                   |      |                   |            |                        |                                                       |
| Kreistag Uckermark   | 09.06.2021 |                   |      |                   |            |                        |                                                       |

Inhalt:

Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments im Landkreis Uckermark

Beschlussvorschlag:

Die Landrätin wird beauftragt in Zusammenarbeit mit Abgeordneten und den kreisweit wirkenden Kinder- und Jugendverbänden/Organisationen/Vereinen/Vertretungen, ein Konzept zur Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes im Landkreis Uckermark zu erarbeiten. Ziel ist es, ein Kinder- und Jugendparlament im Jahr 2022 zu etablieren.

Begründung:

2018 hat der Brandenburger Landtag beschlossen, die Kommunalverfassung um § 18a „Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen“ zu erweitern. Damit werden die Brandenburger Kommunen zukünftig verpflichtet, Kinder und Jugendliche bei allen Entscheidungen zu beteiligen, die ihre Interessen berühren.

Der Landkreis Uckermark muss diese Verpflichtung auch auf Kreisebene wahrnehmen. Kinder und Jugendliche sind bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, angemessen zu beteiligen.

Mitsprache und Einflussmöglichkeiten sind nicht nur wichtig, um das Verständnis für unsere demokratischen Prozesse zu stärken, sondern auch, weil uns die Perspektive der jungen Menschen auf bestimmte Themen und Diskussionen in der kommunalpolitischen Arbeit weiterbringen wird. Weil sie unsere Zukunft und uns wichtig sind.

gez. Hanka Mittelstädt  
Unterschrift10.05.2021  
Datum

